

Ständerat

Conseil des États

Consiglio degli Stati

Cussegli dals stadis



19.3755 n Mo. Nationalrat (Guhl). Volkswirtschaftlich effiziente Integration erneuerbarer Energien in die Stromnetze

Bericht der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie vom 27. Januar 2020

Die Kommission hat an ihrer Sitzung vom 27. Januar 2020 die von Nationalrat Bernhard Guhl am 20. Juni 2019 eingereichte und am 27. September 2019 vom Nationalrat angenommene Motion vorberaten.

Die Motion beauftragt den Bundesrat, dem Parlament die notwendigen gesetzlichen Änderungen zu unterbreiten, damit die Verteilnetzbetreiber die Einspeiseleistung bei Bedarf reduzieren können. Dies soll einen volkswirtschaftlich effizienten Ausbau des Stromnetzes ermöglichen.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt einstimmig, die Motion anzunehmen.

Berichterstattung: Martin Schmid

Im Namen der Kommission
Der Präsident:

Martin Schmid

Inhalt des Berichtes

- 1 Text und Begründung
- 2 Stellungnahme des Bundesrates vom 4. September 2019
- 3 Beschluss des Erstrates
- 4 Erwägungen der Kommission



1 Text und Begründung

1.1 Text

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament die notwendigen gesetzlichen Änderungen zu unterbreiten, welche im Sinn eines volkswirtschaftlich effizienten Ausbaus des Stromnetzes das Einspeisemanagement von Erzeugungsanlagen ermöglichen.

1.2 Begründung

Der mit der Energiestrategie 2050 beabsichtigte sukzessive Umbau des Energiesystems findet massgeblich in den Stromverteilnetzen statt. Um die dezentral anfallende Produktion abzunehmen, ist ein starker und kostenintensiver Netzausbau notwendig. Dieser kann durch eine verstärkte Nutzung dezentraler Flexibilitäten, das Management von Verbrauchern, verringert werden. Aus volkswirtschaftlicher Sicht besonders attraktiv ist zudem das Einspeisemanagement von dezentralen Erzeugungsanlagen, wie der Bundesrat in seinen Erläuterungen zur Vernehmlassung der StromVG-Revision festhält. Insbesondere bei Fotovoltaikanlagen besteht aufgrund der parallelen Leistungsspitzen aller Anlagen in einer Region und der zunehmenden Verbreitung ein grosses Potenzial. Gemäss einer Studie von Consentec im Auftrag des Bundesamtes für Energie könnten durch dieses "Peak Shaving" bis 2035 rund zwei Drittel der Netzausbaukosten vermieden werden. Dieses Potenzial wird auch durch internationale Studien und Erfahrungen bestätigt. Der Bundesrat soll daher beauftragt werden, dem Parlament die nötigen gesetzlichen Grundlagen zu unterbreiten, dass die Einspeiseleistung durch den Verteilnetzbetreiber bei Bedarf reduziert werden kann. Die Einbussen aufseiten der Produzenten sind bei einer solchen Regelung äusserst gering. Sie fallen nur an wenigen Tagen im Jahr für kurze Zeit an, und überdies in Zeitpunkten mit Stromüberschuss. Eine solche Regelung trägt also zu einer insgesamt effizienten Umsetzung der Energiestrategie 2050 bei und hilft, einen Anstieg der Netztarife aufgrund der Netzintegration der Fotovoltaik zu reduzieren.

2 Stellungnahme des Bundesrates vom 4. September 2019

Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.

3 Beschluss des Erstrates

Der Nationalrat hat die Motion am 27. September 2019 angenommen.

4 Erwägungen der Kommission

Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien ändern sich die Anforderungen an Stromnetze. Gerade bei der zunehmend verbreiteten, dezentral eingespeisten Photovoltaik gibt es wetterbedingt Produktionsspitzen, welche die Stromnetze überlasten können. Gemäss dem Bundesgesetz über den Um- und Ausbau der Stromnetze soll Netz-Optimierung vor Netz-Ausbau kommen (NOVA-Prinzip). Flexibilitäten bei der Einspeisung von Energie können dazu beitragen, dass Lasten begrenzt und ein teurer Netzausbau vermieden werden kann.

In der geplanten Teilrevision des Stromversorgungsgesetzes (StromVG) soll die Nutzung von Flexibilitäten verankert werden. Dies wird grundsätzlich begrüßt.



Angesichts der energiewirtschaftlichen Bedeutung von Flexibilitäten unterstützt die Kommission die Motion einstimmig. Mit Fragen zur detaillierten Ausgestaltung wird sie sich bei gegebenem Zeitpunkt im Rahmen der Teilrevision des StromVG befassen.